

Abkehr vom Gaullismus?

Frankreich will zurück in die NATO

Daniel Göler / Birte Ellerbrock*

»» **Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy hat sich viel vorgenommen. Fünf politische Schwerpunktbereiche wollte er während seiner Ratspräsidentschaft der Europäischen Union bearbeiten, wobei ein besonderer Fokus auf der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik lag. Darüber hinaus wird die angekündigte Wiedereingliederung Frankreichs in die militärischen Strukturen der NATO konkret.**

Eines der Ziele der französischen EU-Ratspräsidentschaft, die am 31. Dezember 2008 endete, war die Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003 (ESS): Zivile Komponenten sollen stärker in die europäischen Verteidigungsmaßnahmen integriert werden, damit neue Sicherheitsprobleme, etwa im Energie- und Ernährungsbereich, bei der Migration oder der Proliferation angemessen bekämpft werden können. Stärkere Streitkräfte sollen schnell und flexibel auf internationale Krisen reagieren können und so der EU Autonomie und Handlungsspielraum im militärischen Bereich gewähren. Ebenso wichtig, wenn nicht sogar noch bedeutsamer als die Weiterentwicklung der ESS, ist für die europäische Sicherheitsarchitektur aber eine andere Ankündigung von Nicolas Sarkozy. Sie bezieht sich formal zwar nicht direkt auf die EU, wird aber inhaltlich die sicherheitspolitische Landschaft in Europa und damit auch für die EU entscheidend verändern: Am 27. August 2007 kündigte der französische Staatspräsident die Rückkehr Frankreichs in die militärischen Strukturen der NATO an, aus denen es 1966 ausgetreten war. Dieses Vorhaben ist im April 2008 auf dem NATO-Gipfel in Bukarest offiziell wiederholt worden. Der Wiedereingliederungsprozess soll bis April 2009 zum NATO-Jubiläumsgipfel abgeschlossen sein.



Eine Rückkehr Frankreichs in die militärischen Strukturen der NATO würde eine neue Ära in der französischen Außen- und Sicherheitspolitik bedeuten, die allerdings weniger in einem neuen Politikansatz Sarkozys begründet liegt, sondern eher eine Reaktion auf die veränderten weltpolitischen Rahmenbedingungen darstellt. Die wichtigsten Gründe für die damalige Entscheidung de Gaulles lagen in der spezifischen Situation einer bipolaren Weltordnung. Im Wesentlichen waren dies der von französischer Seite als zu groß empfundene Einfluss der USA auf die sicherheitspolitischen Geschehnisse Europas, die unzureichende Eigenständigkeit der damaligen Europäischen Gemeinschaft in der Weltpolitik und erst recht die zu starke Einschränkung der nationalen Souveränität Frankreichs. Mit dem Ende des Kalten Krieges und der neu entstehenden Weltordnung haben sich diese Rahmenbedingungen für sicherheitspolitisches Denken aber grundlegend gewandelt. Das hatte schon Präsident Jacques Chirac dazu veranlasst, zwischen 1995 und 1997 eine Wiederannäherung Frankreichs an die militärischen Strukturen der NATO anzustreben, die jedoch nicht über ein erweitertes Engagement in deren Militärausschuss hinaus ging. Dieser Versuch endete mit der amerikanischen Ablehnung, das Südeuropakommando an Frankreich zu über-

* Prof. Dr. Daniel Göler ist Juniorprofessor für *European Studies* an der Universität Passau; Birte Ellerbrock ist Mitarbeiterin des Lehrstuhls.

tragen, und der darauf folgenden Nichtweiterverfolgung des Projektes durch Frankreich.

Seit August 2007 hat Präsident Sarkozy die Bemühungen, Frankreich in die NATO zurückzuführen, wieder aufgenommen. Ein wesentlicher Unterschied zum ersten Anlauf unter Chirac besteht darin, dass in den letzten zehn Jahren die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) kontinuierlich ausgebaut wurde. Die ESVP kompensiert ein Stück weit nun genau die Vorbehalte, die Frankreich einst dazu veranlassten, sich von der NATO abzuwenden.

Allerdings bindet Nicolas Sarkozy eine Rückkehr Frankreichs an zwei Voraussetzungen: Die ESVP soll von den USA als eigenständiges Instrument der europäischen Sicherheitspolitik akzeptiert werden; zusätzlich sollen französische Vertreter in die höchsten Kommandostrukturen der NATO eingebunden werden, so dass Frankreich Einfluss über die Befehlsstruktur erhält. Im Juni 2008 modifizierte Sarkozy seine Forderungen dahingehend, dass Frankreich die Freiheit behält, eigenständig zu entscheiden, ob Truppen für eine NATO-Operation zur Verfügung gestellt werden, dass in Friedenszeiten die französischen Truppen nicht unter NATO-Kommando stehen und dass die Kontrolle über das Nuklearwaffenarsenal nach wie vor der nationalen Souveränität unterliegt.

Für Frankreich liegt der Wunsch nach Rückkehr in die militärische Struktur der NATO vor allem darin begründet, dass es seine militärischen Potenziale – die in der EU nur noch von Großbritannien übertroffen werden – in der Vergangenheit nur begrenzt in entsprechenden Einfluss transformieren konnte, da wichtige Entscheidungen innerhalb der NATO an Frankreich vorbeiliefen. Zudem hat die französische Abstinenz dazu geführt, dass die EU ihre aus der fortschreitenden militärischen Integration gewonnene Stärke nur in geringem Maße gegenüber den USA zur Geltung bringen konnte: Zum einen wurde das europäische Potenzial innerhalb der NATO durch die französische Sonderrolle „unnötig“ geschwächt beziehungsweise der europäische Pfeiler büßte entscheidend an Bedeutung ein. Zum anderen erwies

sich aber auch die alte gaullistische Konzeption, durch eine von der NATO unabhängige Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik gleichsam von Außen ein Gegengewicht zu den USA zu schaffen, als untauglich, da Großbritannien als militärisch potentester europäischer Staat eine solche Politik strikt ablehnte. Dies wurde insbesondere an den heftigen britischen Widerständen gegen die Errichtung eines eigenständigen europäischen militärischen Hauptquartiers deutlich, das Frankreich und Deutschland (nur unterstützt durch die nicht gerade als militärische Schwergewichte zählenden Staaten Belgien und Luxemburg) auf dem so genannten „Pralinengipfel“ 2003 anstrebten. Deutschland als denkbarem Verbündeten für einen traditionellen gaullistischen Ansatz fehlen aber sowohl die militärischen Fähigkeiten als auch der politische Wille für eine solche Gleichgewichtspolitik. Auch wenn es in Deutschland große Skepsis gegenüber dem Übergewicht der USA innerhalb der NATO gibt, schreckte man doch immer vor einer eindeutig gaullistischen Politik zurück und versuchte die USA in die europäische Sicherheitsarchitektur einzubinden.

Die traditionellen gaullistischen Ziele ließen sich aus französischer Sicht nicht nur im Verhältnis zu den USA nicht umsetzen, sondern auch im Verhältnis zu den übrigen europäischen Staaten. Denn die Zielsetzung der gaullistischen Außenpolitik strebt nicht nur ein Ausbalancieren des amerikanischen Übergewichts, sondern auch eine gewisse Präponderanz Frankreichs gegenüber den europäischen Verbündeten an. Indem sich die europäischen Staaten hinter Frankreich gegenüber der amerikanischen Vormachtstellung sammelten, sollte nicht nur die amerikanische Dominanz abgemildert, sondern zugleich auch die Vormachtstellung Frankreichs in Europa und damit dessen Großmachtstellung in der Welt abgesichert werden. Da diese „Sammlung hinter Frankreich“ aber nicht stattfand, ergab sich eher ein umgekehrter Effekt. Nach Großbritannien (das aufgrund seines besonderen Verhältnisses zu den USA und seiner militärischen Potenziale seine zentrale Rolle stärken konnte) und Deutschland (dem aufgrund sei-

„Voraussetzung ist, dass Frankreich Einfluss über die Befehlsstruktur erhält.“

ner Vermittlerrolle zwischen atlantischen und gaullistischen Positionen in dem Beziehungsdreieck NATO–EU–USA eine seinem militärischen Potenzial eigentlich nicht angemessene Schlüsselstellung zufiel) nahm Frankreich im Hinblick auf die außen- und sicherheitspolitische Gestaltungsfähigkeit teilweise nur noch die dritte Position unter den europäischen Staaten ein.

Fortsetzung der Balancing-Politik

Die geplante Rückkehr Frankreichs in die NATO hat zum Ziel, diese für Frankreich unvorteilhafte Konstellation zu ändern. Zielsetzung ist es, das europäische Potenzial innerhalb der NATO voll zur Geltung zu bringen und damit einen starken europäischen Pfeiler zu schaffen, der die US-amerikanische Übermacht ein Stück weit ausgleichen kann. Dies entspricht letztlich der traditionellen gaullistischen Konzeption mit dem entscheidenden Unterschied, dass die *Balancing*-Politik gegenüber den USA in Zukunft aus den NATO-Strukturen heraus und nicht mehr von außen erfolgen soll. Diese konzeptionelle Anpassung des gaullistischen Konzepts ist wohl nicht zuletzt auch ein Resultat der Veränderungen durch die Osterweiterung. Aufgrund der atlantischen Ausrichtung der meisten mittel- und osteuropäischen Staaten und der dort vorherrschenden primären Fokussierung auf die NATO als Sicherheitsgarant wird ein Aufbau von Alternativ- beziehungsweise Parallelstrukturen zur NATO noch unwahrscheinlicher, als dies in der Vergangenheit schon der Fall war. Darüber hinaus böte eine Rückkehr in die militärischen Strukturen der NATO für Frankreich die Möglichkeit, in Zukunft jene Schlüsselstellung beziehungsweise Vermittlungsrolle einzunehmen, die bisher die Bundesrepublik zwischen US-freundlichen und US-kritischen Teilen der EU innehatte. Vor diesem Hintergrund muss auch die verbale Annäherung Frankreichs an US-amerikanische Positionen gesehen werden. Frankreich, so die Botschaft Sarkozys, ist der Staat, welcher – eher als Großbritannien – Brücken zwischen US-skeptischen und proamerikanischen Strömungen in Europa bauen kann. Anders als Deutschland verfügt Frankreich auch über ein entsprechendes

militärisches Gewicht, um substanzielle Beiträge im Rahmen eines neuen transatlantischen *Burdensharings* leisten zu können. Oder anders ausgedrückt: Durch die Ergänzung seiner militärischen Potenziale um die Fähigkeit zur Zusammenführung der verschiedenen Positionen innerhalb der EU hätte Frankreich sowohl gegenüber Deutschland als auch gegenüber Großbritannien einen strategischen Vorteil, der Frankreich in jene Schlüsselstellung bringen würde, welche die gaullistische Konzeption immer angestrebt hatte. Entscheidend für den Erfolg eines solchen transformierten Gaullismus wird die Reaktion der USA sein: Denn für diese bietet sich die Chance, dass die Trennung Europas in ein USA-freundliches und USA-feindliches Lager durch die Einbindung Frankreichs überwunden werden könnte. Während die Vereinigten Staaten in der Vergangenheit über ihre guten Beziehungen zu Deutschland versuchten, Einfluss auf die europäische Politik auszuüben, kann dies nun über Frankreich geschehen. Der Umweg über Berlin würde überflüssig, womit ein Bedeutungsverlust Deutschlands zu erwarten wäre.

Neujustierung des Gaullismus

Die Konzeption Nicolas Sarkozys, die der Rückkehr in die NATO zugrunde liegt, kann zusammenfassend als Anpassung des traditionellen Gaullismus beziehungsweise als Neujustierung der beiden gaullistischen Zielsetzungen gesehen werden. Diese bestanden – und bestehen – verkürzt gesagt zum einen in der Wiederherstellung der französischen Großmachtstellung durch Einnahme einer Schlüsselstellung in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und zum anderen in einem *Balancing* gegenüber den USA. Der letzte Aspekt hat in den letzten Jahrzehnten immer die beherrschende Rolle gespielt und geriet – durch die Osterweiterung der EU nochmals verstärkt – zunehmend in Konflikt mit der ersten Zielsetzung und hat diese immer weiter unterlaufen.

Im Unterschied dazu kann der neue Gaullismus unter Nicolas Sarkozy dadurch charakterisiert werden, dass seine primäre Zielsetzung darin

besteht, Frankreich als verteidigungspolitische Führungsmacht in Europa zu etablieren. Dies bringt zwangsläufig eine Anpassung der bisherigen Positionen gegenüber der NATO und den USA mit sich, um innerhalb der erweiterten EU „eine Schlüsselstellung“ einnehmen und hierdurch die Akzeptanz sowohl für eine Führungsrolle Frankreichs als auch für eine weitere Vertiefung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik herstellen zu können. Auf der Basis einer so gestärkten – wenn auch im Vergleich zum klassischen Gaullismus US-freundlicheren – eigenständigen europäischen Verteidigungsidentität könnte dann mittelfristig auch wieder die zweite Zielsetzung des Gaullismus, das *Balancing* gegenüber den USA, aufgegriffen werden, wenn auch in moderaterer Form und innerhalb der NATO-Strukturen. Dass es Sarkozy trotz USA-freundlicher Rhetorik immer noch darum geht, die EU (unter französischer Führung) als eigenständigen sicherheitspolitischen Akteur gegenüber den USA zu profilieren, wurde auch an seinem außenpolitischen Aktivismus als EU-Ratspräsident deutlich, der nicht zufällig in die Zeit einer weitgehenden Lähmung der US-Außenpolitik am Ende der Ära Bush fiel und dadurch Europas Handlungsfähigkeit deutlicher hervortreten ließ.

Insgesamt besitzen die alten gaullistischen Prinzipien, Europa als Gegengewicht zu den USA zu etablieren und eine französische Vormachtstellung in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sicherzustellen, auch in der Konzeption Sarkozys weiterhin Gültigkeit – allerdings mit einem entscheidenden Unterschied: Ähnlich

wie die '68er-Generation feststellen musste, dass sie ihre gesellschaftspolitischen Ziele nicht außerparlamentarisch erreichen konnte, und sich folglich auf den langen Marsch durch die Institutionen begab, haben auch die Vertreter des Gaullismus erkannt, dass sie eine gestaltende Rolle in der Außen- und Sicherheitspolitik nur schwer außerhalb der NATO einnehmen können. Die angekündigte Rückkehr Frankreichs in die militärische Struktur der NATO wäre demnach keine außenpolitische Kehrtwende, sondern nichts anderes als der Anfang eines gaullistischen Marsches durch die transatlantischen Sicherheitsinstitutionen – mit altbekannter Zielsetzung.

Literatur

- Rede von Staatspräsident Nicolas Sarkozy am 27.8.2007, www.premier-ministre.gouv.fr/de/information/presse_880/rede_von_staatspraesident_nicolas_57117.html
- Gemeinsame Pressekonferenz von Staatspräsident Nicolas Sarkozy und Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem NATO-Gipfel im April 2008, abrufbar unter www.botschaft-frankreich.de/IMG/Sarkozy_Merkel_pk_Nato_Bukarest_3.4.pdf
- Elaine Sciolino / Alison Smale, Sarkozy, a frenchman in a hurry, maps his path, in: *The New York Times*, 24.9.2007, www.nytimes.com/2007/09/24/world/europe/24sarkozy.html